

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition Johannisgasse 38.  
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-6 Uhr.  
Für die Rückgabe ungenutzter Exemplare macht sich die Redaction nicht verantwortlich.  
Annahme der für die nachfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.  
In den Fällen für Zus. Annahme: Otto Riemer, Universitätsstr. 22. Louis Köhler, Katharinenstr. 18. p. nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,150.  
Abonnementpreise Viertelj. 4<sup>1/2</sup> M., incl. Frachtporto 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 M. mit Postbefreiung 45 M.  
Inserate 5c. pro Zeile 20 Pf. Mehrere Zeilen laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsschild die Spaltzeile 40 Pf. Insetate sind stets an d. Expedition zu haben. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung per Annahmende oder durch Postnachschuß.

№ 195.

Freitag den 18. Juni 1880.

74. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Ein hier in Haft befindlicher Mensch führt zwei schwarz und rothgekreuzte wolkene Pferdebeden bei sich, die er am 16. d. M., Vormittags auf der Straße von Laucha nach Leipzig gefunden haben will, jedoch vermuthlich irgend wo gestohlen hat.  
Der betreffende Verlustträger wird hierdurch ersucht, sich ungekündet bei unserer Criminal-Abtheilung zu melden.  
Leipzig, am 17. Juni 1880.  
Das Polizei-Wamt der Stadt Leipzig.  
Dr. Räder. Hobfeld, Crim.-Commiff.

### Bekanntmachung.

Das Verlegen von 417 laufenden Meter 286 Millimeter im Lichten weiten eisernen Ruffentühren zur Anlage einer Wasserleitung soll an einen Unternehmer vergeben werden.  
Die Bedingungen für diese Arbeit liegen in unserm Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können dort entnommen werden.  
Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebotarbeiten eiserner Wasserleitungsrohre“ versehen ebenfalls bis zum 23. Juni ex. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.  
Leipzig, am 9. Juni 1880.  
Des Rath's Straßenbaudeputation.

### Bekanntmachung.

Im Hinblick auf die von den städtischen Behörden beschlossene Uebernahme des Armenwesens auf die Stadt wird die laufende Subscriptionsperiode, welche am 30. d. M. zu Ende gehen würde, mit Bezug auf § 17 der Armenordnung vom 22. October 1840 annoch bis zum 31. December d. J. verlängert.  
Leipzig, den 14. Juni 1880.  
Das Armen-Directionium.  
Ludwig Wolf, Vors. Gentschel.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 17. Juni.

Am Mittwoch ist in Berlin die Nachconferenz zusammengetreten, welche den Zweck hat, einen der wichtigsten aus dem großen orientalischen Fieber noch unerledigten Streitpunkte einer gütlichen Ausgleichung entgegenzuführen. Es handelt sich um die im Berliner Frieden vorgesehene Vermittelung der Mächte, falls über die seitens des Congresses nur in ganz allgemeinen Grundrissen festgesetzte Grenze zwischen der Türkei und Griechenland eine Verständigung unter den nächstbetheiligten Mächten nicht zu Stande kommen sollte. Die Konferenz hat sonach nur eine kleine Rolle zu dem Festhalten des Congresses abzuhalten und kann an Wichtigkeit mit jener großen Friedens-Verhandlung nicht von fern verglichen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mächte sich über ein Stück Landes in Thessalien oder Epirus mehr oder weniger nicht zu einigen vermöchten, und ebensowenig ist anzunehmen, daß die Worte sich dem einmüthigen Schiedspruch der Mächte widersetzen werde, wenigstens so den zu erwartenden Beschlüssen einige Vorbehalte und Bewahrungen entgegenbringt. Man wird somit erwarten dürfen, daß diese Differenz endlich beglichen wird. Es sind jetzt gerade zwei Jahre her, daß der Congress seine Arbeiten begann. Man hat über seine Leistungen mehr Tadel als Lob gehört, allein bei dem neuen Zusammentritt einer Diplomatenversammlung, die eine Pflanzung auf dem Ackerbau der Berliner Friede wenigstens zwei Jahre vorgehalten hat, daß er den einzigen festen Punkt in einem Meer voll Verwirrung bildet und daß seine Schöpfungen in Frage zu stellen offenbar keine der Mächte gegenwärtig geneigt ist. Die damals geschaffenen Grundlagen mögen daher immerhin für eine längere Reihe von Jahren vorhalten, und das ist Alles, was man von den damals so mühsam getroffenen Vereinbarungen erwarten konnte. Eine auf Menschenalter hinaus haltbare Ordnung unter jenen unendlich schwierigen und verwickelten Verhältnissen herzustellen, ist eine unmöglich zu erfüllende Aufgabe. Das Tadeln des Congresses in der deutschen Reichshauptstadt war eine Anerkennung der vermuthlichen und friedensstiftenden Bestrebungen der deutschen Regierung, und in demselben Sinne sollte man auch das keine Nachspiel begründen, das sich soeben entfaltet, den Zusammentritt der Vertreter der Großmächte unter dem Schutze des deutschen Kaisers zu dem Zwecke, eine der brennenden Fragen, die sich durch ihre weitreichenden Beziehungen zu einer Angelegenheit der gesammteuropäischen Politik gestaltet, durch friedliche Verständigung aus der Welt zu räumen.

Es kann augenblicklich Niemand sagen, ob eine Verständigung über die kirchenpolitische Vorlage noch zu Stande kommt. Günstig sind ja die Aussichten keineswegs. Die nationalliberale Partei, die bei der Verständigung in erster Reihe in Betracht kommen muß, hat während der Commissionsverhandlungen ihre Stellung bestimmt gemacht; sie hat ihre unerlässlichen Forderungen klar bezeichnet, und die Regierung wird sich darüber zu entscheiden haben, ob sie auf den von den Nationalliberalen eingenommenen Boden treten will. Darüber gehen augenblicklich die Vermuthungen und Angaben weit aus einander, es liegen offenbar endgültige Beschlüsse noch nicht vor, die Entscheidung liegt vornehmlich bei der Regierung und man wird deren weitere Schritte abwarten müssen. Kommt aber auch die Vorlage durch die verneinenden Stimmen

beibrachte, sondern indem er Herrn Hielscher — von Winden nach Gumbinnen versetzt. Wir entsinnen uns nicht, daß H. jemals auf den Augen Gedanken gekommen wäre, einen Wandel an Gründen in solcher Weise durchschlagende Thatsachen zu erfassen. Gumbinnen und Jasterburg gelten in der preussischen Beamtenwelt als Orte der Verbannung, eine Versetzung dahin als Strafverurteilung.

In Elberfeld, dem Wahlkreise Hasselmann's, wird unter den Socialdemokraten ein Flugblatt verbreitet, in welchem die Parteihäupter Auer, Bebel, Frigische, Hofenclever, Kayser, Viehnecht, Bahlsch und Biemer erklären, daß sich Hasselmann durch seine Reichstagsrede vom 4. Mai dieses Jahres von der Partei der Socialdemokraten losgesagt habe. Bekanntlich sagte Hasselmann in jener berühmten Rede: „Ich bedauere es, daß die russischen Anarchisten seiner Zeit auf der Tribüne von Seiten einiger Socialisten als eine uns fremd gegenüberstehende Partei hingestellt sind. Ich für meine Person acceptire diese Gemeinschaft. ... Es ist tief in das Bewußtsein des Volkes die Idee eingedrungen, daß die Zeit der parlamentarischen Schwärmerei vorüber ist und die Zeit der Thaten beginnt.“ Es ist sehr begreiflich, daß den übrigen socialdemokratischen Parteiführern dieser offene Aufruf zur Revolution unangenehm gekommen ist, und so nehmen sie denn den Anlaß wahr, den ihnen schon längst verhassten Hasselmann scheinlich aus der Partei auszuschließen. Die Herren gestehen übrigens offen den revolutionären Charakter ihrer Partei ein, ihr Ercommunicationedict wird daher den Erfolg sicherlich nicht haben, den Glauben zu erwecken, als schreckten sie vor der Beförderung der gesellschaftlichen Ordnung durch offene Gewalt zurück. Was Hasselmann demselben gegenüber thun wird, steht dahin; wir glauben nicht, daß er sich zur Niederlegung seines Mandats veranlaßt sehen wird. Bei der nächsten Reichstagswahl aber dürfte die Erklärung der Auer, Bebel u. s. w. jedenfalls eine Rolle spielen.

Der vielfach besprochene Zusammenstoß zwischen Sr. M. S. „Sachsen“ und einem englischen Schoner beschränkt sich darauf, daß Sr. M. S. „Sachsen“ während einer Geschwindigkeit-Probefahrt an der abgemessenen Reile der von keinem Fahrzeugen sehr belebten Reiler fürde vorant zwischen dem Schoner und ein Segelboot geriet, daß trotz der sofort angewendeten Manöver eine Verührung des Schoners mit dem Hinten am Bord der „Sachsen“ hängenden Boot nicht mehr zu vermeiden war. Der Schoner blühte hierbei seinen Kieborbaum ein, während sich die Verladung der „Sachsen“ auf Beschädigung des Ritters und der Bootsdarben beschränkte. Der Schoner dürfte inzwischen seine Reile bereits fortgesetzt haben, während die „Sachsen“ sich auf dem Wege nach Danzig zur Vereinigung mit dem Geschwader befindet.

In Tirol haben, wie schon gemeldet, die drei Landesbischöfe mit dem ersten Schritte, den sie über die Schmelze der Landstube machten, unter der Autorität ihres hirtentümlichen Krummstabes eine Kriegserklärung gegen das Grundrecht aller Staaten, die zu Europa zählen wollen, gegen die Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse, erlassen. Was der Berliner Vertrag, im Namen Gottes des Allmächtigen“ und ersprechend „dem Gedanken europäischer Ordnung“ für Bulgarien, Montenegro, Serbien und Rumänien als unerlässliche Bedingung ihres staatlichen Bestandes festgesetzt hat, die Gleichberechtigung der Religion und der Confession, für Tirol, das westliche Land Oesterreichs, von ten ersten Culturnationen, Deutschen und Italienern, bemerkt, soll dieser europäische Grundsat nicht gelten. Die tiroler Bischöfe empfinden „bitteren Schmerz“ darüber und legen feierliche Verwahrung dagegen ein, daß in Tirol der Protestantismus mit der katholischen Religion vollends gleichberechtigt sein soll. Oesterreich soll hinter Montenegro, Serbien, Bulgarien und Serbien rangieren! Nachdem durch das Reichsgesetz vom 20. Mai 1874 über die Anerkennung von Religions-Gesellschaften selbst den bisher nicht anerkannten Bekantnissen das Recht, Religions-Gesellschaften unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu bilden, ertheilt und die Errichtung von Cultusgemeinden derselben reichsgesetzlich geregelt war, konnte den Protestanten, die eine Anerkennung oder Zulassung in Oesterreich schon längst nicht bedurft hatten, die staatliche Genehmigung zur Errichtung evangelischer Pfarrgemeinden in Innsbruck und Meran, wo sie bereits seit Langem in großer Zahl ansässig waren, am allerwenigsten verweigert werden. Fünf Pfarren bestanden diese Gemeinden zu Recht; ihre Mitglieder sind die ruhigen, fleißigen, staatsstreuesten Bürger, sie beschäftigen Niemanden, sie gehen durch ihr Verhalten Niemandem Anstoß. Nur die fixe Idee, Tirol zu einem europäischen Curiosum, zu einer Feste der reli-

giösen Unzulässigkeit zu machen, wird durch diese Gemeinden gestört, und Dies genügt, um die tiroler Bischöfe zu einer Declaration zu veranlassen, an welcher der Streit um die Glaubenseinheit, der schon beigelegt erschien, sich von Neuem zu entzünden droht!

Ueberhaupt hat verschiedenen Verichten zufolge überall in Tirol die ultramontane Bewegung in jüngster Zeit wieder auffällig zugenommen. In den Städten und Dörfern werden Flugchriften vertheilt, Versammlungen gehalten und Bänderprediger eifern von der Kanzel umhin Wirthshäuser gegen die „Feinde der Religion“, welche Tirol „lutherisch“ und „jüdisch“ machen wollten. — Bekanntlich hat ein Bruchteil der aus Deutschland ausgewiesenen Jesuiten in Tirol und Vorarlberg Zuflucht gefunden, und gerade diese sind es, welche in Wort und Schrift die liberale Zeitrichtung und Alles, was mit ihr zusammenhängt, verdammen. — Das Unmüthige hat ein solcher Bänderprediger der Gesellschaft Jesu in dem Pieschen St. Anton, zwischen Bludenz und Vandee, geleistet, auf welcher Strecke Vorbereitungen zum Bause der Arbergbahn getroffen werden. — „Bleibt der heiligen Kirche ergeben“, rief der Jesuit den Bauern zu, „geht Eueren allgewohnten Beschäftigungen nach und klettet Euch, mit jenem Teufelswerke (der Eisenbahn) in Verührung zu kommen. Jedes Geldstück, das Ihr zur Herstellung jenes Werkes herbeigt, ist ein Pfasterstein zur Hölle! — Wenn der schauende Antichrist durch Euer Thäter braust, so wendet Euch ab und schlägt ein Kreuz. Sonst ist es um Euer Seelenheil, um Euer Weiber und Töchter geschehen!“ — Es ist kaum glaublich, daß solche Dinge im neunzehnten Jahrhundert noch gesagt werden können, aber die Ultramontanen bringen es zu Stande.

In Brüssel fand am 16. Juni unter großer Theilnahme des Publicums die feierliche Eröffnung der nationalen Ausstellung statt. Der König, die Königin, der Graf und die Gräfin von Flandern trafen mit ihrem Gefolge gegen 2 Uhr vor dem Ausstellungspalaste an, wo sie unter begeisterten Zurufen der Bevölkerung von dem Ausstellungscomitte empfangen wurden. Das diplomatische Corps war vollständig erschienen, außerdem wohnten zahlreiche Abgeordnete und Senatoren sowie die Civil- und Militairbehörden, die geistlichen Würdenträger und der Bürgermeister von Brüssel mit dem Stadtrathe der vier bei. Nach der Ankunft der königlichen Familie fand die Aufführung einer Cantate statt, worauf vor der königlichen Tribüne eine lange Reihe von Ausstellern und Arbeitern — annähernd 6000 — vorbei zogen. Sodann betrat der König mit der königlichen Familie die Ausstellung selbst. Auf eine begründete Ansprache des Ministers des Innern erwiderte der König, er beglückwünsche das Comitte, dessen wohlwollenden Bestrebungen dieses große nationale Unternehmen zu danken sei, das seinen Platz in der belgischen Geschichte behalten werde. Dem Bürgermeister von Brüssel, der in seiner Ansprache der Bemühungen des Königs um die Eröffnung neuer Handelswege gedacht hatte, erwiderte der König, die Industrie könne nicht gedeihen, wenn man nicht neue Abgabegebiete für sie aufzufinden trachte; der Handel sei die beste Stütze der Industrie. Wenn man seine Ausdehnung fördere, werde man auch der nationalen Industrie einen größeren Wirkungsbereich schaffen.

Der französische Ministerrath erklärte sich in seiner Berathung am Dienstag gegen die Verleihung der vollständigen Amnestie. Constans, Cayot, Tirard sprachen für, Jules Ferry und Freycinet gegen die Verleihung. Die Regierung wird bloß ein Decret vorlegen, durch welches eine weitere Anzahl Verbannter begnadigt werden soll. Die äußerste Linke und der republikanische Verein wollen nun infolge der Ablehnung von Seiten der Regierung einen Gesetzentwurf für die vollständige Amnestie einbringen und für denselben die Dringlichkeit beantragen, so daß die Angelegenheit möglicherweise noch vor Ende des laufenden Monats entschieden werden kann.

### Vermischtes.

— In Berlin ist am Dienstag der neue prächtige Inhaber Bahnhof dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Die umliegenden Häuser hatten aus dieser Veranlassung Flaggenschmutz angelegt.  
— Im Stadlerbatsch Nr. 27 sind die Gebürder Sachs, weiland Bankiers in Frankfurt a. M., ausgestellt. Ihre Portraits sind so elegant und fein, daß man zuerst glaubt, die jungen Herren seien Reichthums-Candidaten und suchten eine Frau. Sie haben aber nur das Weite gesucht, ihre Portraits sind Steckbriefe, zu denen der Staatsanwalt die bedeutliche Unterschrift ge-